

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erstein- und zweiteinmalige Anzeigen zu besonderen Preisen für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich 2 Mk., durch unsere Mitglieder im Voraus in der Stadt monatlich 2 Mk., auf dem Lande 2 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 6 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Drucksachen und Postboten sowie unter Auslieferung und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Verhältnisse hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

82. Jahrgang. Nr. 52.

Sonnabend / Sonntag 5. / 6. Mai 1923

Amtlicher Teil.

Ein- und Verkauf von Butter.

Zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Butter und zur Verhütung von Preissteigerungen wird für den Bezirk der Stadt und der Amtshauptmannschaft Meissen einschließlich der revidierten Städte Rossen, Lommagsh und Wilsdruff folgendes angeordnet:

- Personen, die gewerbmäßig Butter zum Wiederverkauf ein- und verkaufen, haben genau über jeden getätigten Ein- und Verkauf von Butter Buch zu führen. Das Buch haben sie jederzeit bei sich zu tragen und den zur Kontrolle berechtigten Personen, z. B. den Gendarmen- und Polizeibeamten jederzeit zur Einsicht vorzulegen.
- Aus den Eintragungen muß zu ersehen sein:
 - der Name und Wohnort des Verkäufers (Lieferant, Erzeuger),
 - die Menge der Butter in Pfund,
 - Tag und Ort des Anlaufes,
 - der Ein- und Verkaufspreis.
- Für die von außerhalb des Bezirks zureisenden Ein- und Verkäufer, sowie hinsichtlich der von auswärts eingeführten Butter gelten die gleichen Bestimmungen.

4. Ladengeschäfte oder sonstige offene Verkaufsstellen haben auf Verlangen der Käufer über jeden gekauften Posten, gleichviel, ob es sich um in- oder ausländische, bezirks- oder außerbezirkliche Ware handelt, den Vorkaufschein vorzulegen, aus dem der Lieferant, der Einkaufspreis sowie der Tag und Ort der Lieferung zu ersehen sein muß.

5. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft. Händlern, die sich einer Zuwiderhandlung gegen diese Bestimmungen schuldig machen, wird der weitere Austausch im Bezirk der Amtshauptmannschaft verboten werden; sie haben außerdem die Unterfugung ihres Gewerbebetriebes wegen Unzuverlässigkeit zu gewärtigen.

Meissen, Rossen, Lommagsh, Wilsdruff, am 2. Mai 1923. Z II 31.
Die Amtshauptmannschaft
und die Stadträte zu Meissen, Rossen, Lommagsh und Wilsdruff.

Jahrmarkt in Kößchenbroda.

Sonntag, den 13. und Montag, den 14. Mai 1923 findet in Kößchenbroda Jahrmarkt statt.
Ferkelmarkt wird Montag, den 14. Mai 1923 früh abgehalten.
Kößchenbroda, am 2. Mai 1923. Der Gemeindevorstand.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Der Reichskanzler Dr. Cuno ist zu einer kurzen Erholung nach Garmisch abgereist. Er wird am Montag die Geschäfte wieder übernehmen.
- In Brüssel rechnet man mit einer belgisch-französischen Beratung über die Beantwortung des deutschen Angebotes.
- Die Franzosen haben im Ruhrgebiet wegen mehrerer Eisenbahnsprengungen scharfe Vergeltungsmassnahmen ergriffen.
- Zur Eindämmung der Devisenspekulation hat die Reichsregierung zwei Verordnungen fertiggestellt, die dem Reichsrat vorliegen.
- Die Gegensätze zwischen der Türkei und Frankreich haben sich scharf zugespitzt.

Was das Ausland sagt.

Frankreich ablehnend, England zurückhaltend, Italien freundlich

Der Dollar hat auf die neue deutsche Reparationsnot damit geantwortet, daß er einen lässigen Ansturm auf die 40 000-Mark-Position unterworfen, und an der Londoner Börse hat man gleichmäßig Markt und Frank abgegeben und damit bezeugt, daß man von Frankreich erwartet, es werde durch seine Haltung die Finanzlage Deutschlands wie Frankreichs weiter verschlechtern. Fürs erste liegt auch keine Anzeichen dafür vor, daß diese Auffassung wesentlich unrichtig sei. Im Gegenteil, die Regierung Poincaré macht natürlich alle Anstrengungen, um die öffentliche Meinung der Welt gegen das neue Milliardenangebot Deutschlands einzunehmen. Zu diesem Zweck werden prompt aus Washington, Brüssel, Rom und London die bewußten Rückmeldungen in die Welt geschickt, des Sinnes, daß man dort überall unbefriedigt sei und gleich Frankreich in der deutschen Offerte nur ein hinterhältiges Manöver erblicke. Da man aber in London weiß, daß das Kabinett Cuno jetzt an das Kabinett Poincaré die große entscheidende Frage: „Verzichtung oder Verständigung?“ gestellt hat, so möchte man unter allen Umständen vermeintlichen oder verstellten, daß man darauf am liebsten mit der größten Brutalität antworten möchte: „Natürlich Verzichtung bis zum Wiederaufstehen!“

Wenn man die bisher vorliegenden Pressestimmen prüft, überschaut, so ergibt sich folgendes: Frankreich zögert, wie gesagt, zunächst sein striktes „Nein niemals!“, das ihm auf der Zunge liegt, in die Welt hinaus zu schreiben. Belgien möchte ganz sichtlich Verhandlungen, wagt aber nicht, das klar auszusprechen, weil es den Ladel der Franzosen fürchtet. Sowohl zu dem Zweck, sich gegenüber Frankreich zu bedenken, wie andererseits auf Poincaré einen gewissen Druck auszuüben, hat man deshalb aus Brüssel sofort gemeldet, daß man in belgisch-französischer Zusammenarbeit die Stellungnahme zu der Note festlegen werde. Der Druck bestand dabei darin, daß man der französischen Regierung andeutete, man würde es nicht gern sehen, wenn etwa vor Paris aus sofort und kurzerhand die Ablehnung ratifiziert werde. Was weiterhin Italien anlangt, so tritt dort der Wunsch nach Verhandlungen, wenn man überhaupt Gradunterschiede machen soll, zwar noch etwas deutlicher als in Brüssel hervor, andererseits aber gleichzeitig auch die Reigung, von Deutschland mehr herauszupressen, als es zugegeben will. Es scheint, daß man daneben nicht ungerne ein gewisses Einverständnis mit England hergestellt hätte. Und man braucht in diesem Bestreben kein für uns ungünstiges Zeichen zu erblicken. Aus Amerika verläutet der stille Wunsch, auch jetzt noch nicht allzu intim in den Reparationsstreit hineingezogen zu werden.

Nach alledem richtet sich ein gewisses Hauptinteresse auf London. Die englische Presse beanstandet den Ton der Note, hält sie aber im ganzen als Verhandlungsbasis für geeignet. Allein diese Feststellung darf unter keinen Umständen zu irgendwelchen Illusionen führen. Wir wissen schon seit geraumer Zeit, daß England die endliche Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland wünscht, aber wir wissen nicht minder, daß die Engländer weder die Reigung noch die Nachmittel haben, sich für die Erfüllung des Wunsches irgendwie kräftig einzusetzen. Immerhin brauchen wir aber andererseits auch wieder nicht so weit zu gehen, es für nichts einzuschätzen, wenn z. B. „Westminster Gazette“, das Blatt der englischen Regierung, erklärt, das deutsche Angebot lasse den Wunsch der Deutschen zu einer vernünftigen Lösung der Reparationsfrage deutlich genug erkennen, um darüber näher zu sprechen. Auch aus Frankreich liegt die Mitteilung vor, daß Herr Loucheur, der mit der englischen Auffassung von der Lage bekanntlich ziemlich parallel geht und immerhin keine ganz unwichtige Persönlichkeit ist, sich mit bemerkenswertem Nachdruck für Verhandlungen mit Deutschland ausspricht.

Wir sehen also, alles in allem, daß die Aufnahme der Note im Auslande im großen und ganzen und nach Lage der Verhältnisse durchaus nicht ausgesprochen ungünstig ist, und da von deutscher Seite von vornherein erklärt wurde, daß es sich nur um einen Versuch handele, die Gesamtlage endlich entscheidend zu klären, so wird man bei uns die weitere Entwicklung mit Ruhe und Festigkeit abwarten. Poincaré muß jetzt Farbe bekennen, und wir selbst können dabei nichts weiter tun, als den Abwehrkampf an der Ruhr ungeschwächt fortzuführen. Es ist deshalb vielleicht auch nicht die unwichtigste Erkenntnis, die wir aus der gegenwärtigen Erörterung der deutschen Note in der Weltpresse entnehmen dürfen, wenn, abgesehen von den französischen Zeitungen und der „Times“, es überall als selbstverständlich betrachtet wird, daß Deutschland an der Ruhr die Waffen nicht aus der Hand legt, sondern vielmehr den Helm fester bindet.

Der Kanzler zum deutschen Angebot.

Eine Erläuterung der Note.

Reichskanzler Dr. Cuno hat am Tage der Überreichung des deutschen Angebotes in einer Sitzung der Ministerpräsidenten und Staatspräsidenten die Note mit erläuternden Ausführungen bekanntgegeben, in denen er zunächst ausführlich auf die Vorgeschichte dieses wichtigen politischen Schrittes einging, den deutschen Friedenswillen betonte, aber zugleich hervorhob, daß

der Preis des Friedens

zu solchen Bedingungen gewährt werden muß, die unsere Selbstständigkeit nicht antasten, uns Gleichberechtigung und Freiheit wiedergeben und uns mit der Sicherung gegen Sanktionen und Wänderspott zugleich die alleinige Möglichkeit zum friedlichen Wiederaufbau und zur Zahlung unserer Reparationsschulden verleihen. Die Schuld von 30 Milliarden werde schwer auf uns lasten. Sie bedeute eine jährliche Leistung, die schon bei dem Mindestzinsfuß von 5 % und 1 % Amortisation allein für die 20 Milliarden 1,2 Milliarden, für zwei weitere Zahlungen von je 5 Milliarden, mindestens je 0,3 Milliarden, im ganzen also 1,8 Milliarden kosten kann, wobei wir vielleicht mit dem Zinsfuß von 5 % bei Begebung von Anteilen nicht werden auskommen können. Aber die Garantieforderung der Kanzler, nur im Wege der Verhandlungen von Mann zu Mann kann gefunden werden, was den anderen eine genügende Sicherheit zu sein scheint. Aber wir werden

in der Erwartung, insbesondere der gesamten deutschen Wirtschaft alles tun, und dabei mit der durch das Gesamtinteresse gebotenen Rücksichtlosigkeit vorgehen.

Die bisherigen deutschen Leistungen

würden zu wenig beachtet. Sie betragen nach der geringsten deutschen Schätzung allein schon etwa 43 Milliarden Goldmark. Wir müssen, so sagte Dr. Cuno weiterhin, bei einer Lösung der Reparationsfrage zu einer aufrichtigen Zusammenarbeit der Wirtschaft und zu einem inneren Verständnis beider Teile zum Frieden kommen, und dabei die Wiederherstellung des „status quo ante“ in dem Einbruch- und in dem abgesetzten Gebiet zum Ausgangspunkt unserer Verhandlungen machen. Unser neuer Schritt werde jedenfalls, wie immer er ausfallen mag, eine Zusammenfassung aller Kräfte in den Ländern des Reiches nötig machen, und so schloß der Kanzler mit folgender

Wahnung an alle Deutschen:

Ich fordere jeden einzelnen aus dem deutschen Volke auf, nicht an sich, sondern an die Gesamtheit zu denken, und jede nicht an, zu erklären, daß jeder, der heute dieser Pflicht zuwiderhandelt, ein Verräter an Vaterlande ist. Die Welt hat bisher dem Jovis wie einem Schauspiel zugesehen, ohne sich sonderlich dafür zu interessieren. Wir haben sie durch unsere Note nochmals ausdrücklich und in aller Form vor die Frage gestellt: Will sie den Frieden oder will sie die Fortdauer eines Konfliktes, der zu Ereignissen führen kann, die unübersehbar sind. Die Welt hat das Wort!

Eisenbahnsprengungen im Ruhrgebiet.

Französische Vergeltungsmassnahmen.

An der Strecke Castrop-Merlinde wurde eine Sprengung an den Gleisen verübt. Hausdurchsuchungen französischerseits in der Nähe der Sprengstelle waren erfolglos. Aus Anlaß der kürzlich erfolgten Sprengung an der militarisierten Südstrecke bei Wankenstein haben die Franzosen über Wankenstein die übliche Verkehrsperre verhängt und abermals sieben Personen, die in der Nähe der Sprengstelle wohnen, verhaftet. Auch auf der Strecke Guskirchen wurde an der sogenannten Schwarzen Brücke eine Sprengung verübt. In Vonnern und Hageneich bei Wehlar verhängte die französische Besatzungsbehörde von 8 Uhr abends bis 5 Uhr früh Verkehrsperre mit Rücksicht auf einen angeblichen Anschlag auf die Eisenbahn, außerdem wurde die Annäherung an die Eisenbahnstrecke bis auf 20 Meter verboten. An der Landstraße Wehlar-Lieblar ist in der Nähe der Grube Wlkar ein französischer Güterzug durch Explosion entgleist.

Ein neuer Strafbefehl Degouttes.

General Degoutte hat deshalb in Essen folgende neue Verordnung erlassen: Jede Person, die die von der Internationalen Kommission der Fabriken und Bergwerke erlassene Verordnung, Kohlen, Koks oder jeden anderen Stoff zu liefern, nicht befolgt hat eine Gefängnisstrafe bis zu fünf Jahren und eine dem doppelten Wert der verlangten Lieferung gleiche Strafe oder eine dieser beiden Strafen verwirkt, so jedoch, daß die Geldstrafe nicht weniger als 10 Millionen Mark betragen darf.

Die Stimme der Rheinlande.

Das rechte Wort zur rechten Stunde.

Die politischen Parteien und eine große Zahl gewerkschaftlicher und beruflicher Verbände des Rheinlandes veröffentlichen gemeinsam einen Aufruf, der gerade im Augenblick des neuen deutschen Anabots seine Klarheit